

Zwölfter Wissenschafts-Dialog der Academia Engelberg beleuchtete Herausforderungen und Chancen

Ein Umbau des Sozialstaats ist dringend notwendig

Die anhaltende Finanzkrise, der internationale Standortwettbewerb sowie die stetig steigende Überalterung der Gesellschaft sind ausschlaggebend dafür, dass der Sozialstaat in seiner heutigen Form in vielen Ländern unter Druck geraten ist. Wie diese Herausforderung gemeistert werden könnte und was die künftige Generation erwartet, wurde kürzlich während drei Tagen im Rahmen der Academia Engelberg von 130 internationalen Experten diskutiert.

So individuell wie die Staaten sind auch deren Sozialsysteme. Zu verschieden sind die Parameter wie der Zustand des Staatshaushaltes, die Arbeitslosenquote, die demographische Entwicklung mit steigenden Rentnerzahlen, die Altersvorsorge sowie generelle gesellschaftliche Tendenzen. Eines aber wurde in diesen drei Tagen von allen Referenten prophezeit: Ein Umbau des Sozialstaates ist notwendig. Politik und Gesellschaft sind gefordert, die Diskussion rasch anzugehen. Und die Finanzierbarkeit der beschlossenen Massnahmen muss auf Dekaden ausgelegt sein. Hans Groth, Präsident der Academia Engelberg, hielt zum Abschluss des Wissenschaftsdialogs fest: «Eines ist wohl unbestritten: Es braucht auch im 21. Jahrhundert einen Sozialstaat, der so ausgestattet wird, dass er stabil bleibt.»

Braucht es den Sozialstaat überhaupt?

Der heutige Sozialstaat entstand im 19. Jahrhundert im Zuge der Industrialisierung. Diese brachte grosse gesellschaftliche Umwälzungen mit sich. Der Aufbau der sozialen Sicherungssysteme wie Altersvorsorge, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, wirtschaftliche Sozialhilfe zählen unzweifelhaft zu den grundlegenden Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Zwar haben sich die sozialstaatlichen Sicherungssysteme in Europa unterschiedlich entwickelt. Allen gemeinsam sind aber die übergeordneten Ziele: soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und sozialer Friede. Professor Franz-Xaver Kaufmann von der Universität Bielefeld fasste es wie folgt zusammen: «Aus gesellschaftstheoretischer Sicht haben die sozialpolitischen Massnahmen und ihr fortgesetzter Ausbau wesentlich zur Modernisierung Europas beigetragen. Dadurch wurden beispielsweise funktionierende

Arbeitsmärkte geschaffen oder die zunehmende Gleichberechtigung der Geschlechter ermöglicht. Vor allem aber wurden und werden die materiellen Verluste, die bestimmte Bevölkerungsgruppen durch die Folgen des technischen Fortschritts erlitten haben, kompensiert. Diese wohlfahrtsstaatliche Entwicklung ist ein grundlegender Bestandteil des europäischen Modernisierungspfades, auf den wir stolz sein dürfen.»

Auswirkungen der Globalisierung

«Globale Strategien von transnationalen Unternehmen verschärfen die Konkurrenz zwischen den Kontinenten um lukrative Steuerzahler. Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Sozialstaaten Europas in der heutigen Form am Ende sind», erläuterte Professor Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen. Und er meinte weiter: «Die Antwort ist nicht so einfach. Empirische Studien zeigen, dass es keine Zusammenhänge zwischen der Prosperität eines Staates und den sozialen Ausgaben gibt. Die Verselbstständigung des Finanzmarktes durch die Deregulierung entzieht sich jeder nationalen und internationalen Kontrolle, das ist beunruhigend. Um den Sozialstaat zu sichern, muss die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben. Nur so kann ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und sozialen Ausgaben gesichert werden.»

Welche Ansprüche hat Generation Y an den Sozialstaat?

Was erwarten 30 junge, engagierte Studenten aus Griechenland, Schweden, Deutschland und der Schweiz von einem Sozialstaat? Wie soll er ausgestaltet sein? – Die Antworten darauf wur-

den in einem vorgängigen Sommercamp erarbeitet und am Wissenschaftskongress in einer raffinierten Videopräsentation aufgezeigt. Schweden durchlebte seine Krise Anfang der 1990er Jahre und hat sich heute gut davon erholt. Das Land hat seine Ausgaben drastisch gekürzt. Obwohl die Sozialausgaben auf unter 10% des jährlichen Bruttoinlandsprodukts gesenkt wurden, geht es den Menschen heute besser. Mitten in der Krise steckt hingegen Griechenland.

Die Studenten berichteten über die Einschränkungen, die sie persönlich erleben. Beispielsweise erhielten früher Grossfamilien alle zwei Monate eine Unterstützung von 300 Euro. Diese wurde ersatzlos gestrichen. Ärzte sind total unterbezahlt, die Menschen haben kein Geld mehr, um sich Medizin zu kaufen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 46%, bei den Jugendlichen wesentlich höher. Sie wissen heute nicht, ob sie nach dem Studium je eine Stelle finden werden. Als neue globale Komponente schlugen die Studenten einen generationenübergreifenden Wissenstransfer vor. Denn der Sozialstaat solle nicht nur zu einer Umverteilung von Geld führen, sondern auch Wissen und Erfahrung sollen weiter gegeben werden. Und die zunehmende Überalterung der Gesellschaft bereitet den Jungen ebenfalls Sorge: ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht könnte das Mitspracherecht der Jungen in Fragen überstimmen, die ihre Zukunft massgeblich betreffen.

Umbau, Ausbau oder Abbau?

Verschiedene Referenten zeigten auf, dass derzeit die finanzielle Macht immer mehr darüber entscheidet, welche Möglichkeiten einer Person in der Gesellschaft offenstehen. Wenn im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte monetäre



Mittel beinahe unbegrenzt fliessen, setzt sich rasch das Recht des Stärkeren durch. Um eine gewisse Form von Chancengleichheit zu garantieren, sind deshalb nach Meinung der Experten solide Institutionen des Sozialstaates unabdingbar. Einkommens- und Vermögenspolitik, Sozialgesetzgebungen wie Arbeitnehmerschutz, eine breite Palette von Sozialversicherungen sowie soziale Arbeit zählen zu den Voraussetzungen für den gesellschaftlichen und sozialen Frieden. Bei der Frage deren Ausgestaltung sind sich Experten und Politiker jedoch nicht immer einig.

Es gibt keine Patentrezepte

Die schwedische Handelsministerin Ewa Björling zeigte in ihrem Referat auf, wie Schweden, bekannt als grosszügiger Wohlfahrtsstaat, seine Leistungen spürbar neu ausgerichtet hat. Ausgangspunkt war die tiefgreifende Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit, den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Einerseits mussten mehr Arbeitsplätze geschaffen und auf der anderen Seite neue Firmen angesiedelt werden, was mittels Steuersenkungen erreicht wurde. So konnte das Staatsdefizit von 84% im Jahr 1996 auf 49% des Bruttoinlandprodukts im Jahr 2011 gesenkt werden. Die Reformen betrafen auch die Arbeitslosenversicherung: Durch eine Senkung der Arbeitslosenentschädigung wurde der Anreiz für Erwerbslose erhöht, sich rasch eine neue Stelle zu suchen. Zudem wurden die Steuern für Unternehmen weiter gesenkt, die bewusst ganz junge oder über 65-jährige Arbeit-

nehmende beschäftigen. Es gebe allerdings kein Patentrezept. Die Erhaltung des Sozialstaats angesichts der steigenden Zahl von 100-Jährigen, bleibe eine ständige Aufgabe. Jedes Land müsse da seinen eigenen Weg suchen.

Generationenbeziehungen – Entwicklungen und sozialpolitische Herausforderungen

Prof. François Höpflinger, Universität Zürich, beleuchtete in seinem Referat bedeutsame Trends zu familialen und ausserfamilialen Generationenbeziehungen. Dazu gehören Trends bezüglich gemeinsamer Lebensspanne und Beziehungsqualität zwischen Kindern-Eltern-Grosseltern oder neue Formen von Generationenprojekten. Dabei wurde einerseits gezeigt, dass sich Vorstellungen vom Zerfall familialer Generationensolidarität als falsch erweisen und heute teilweise sehr intensive familiäre Generationenbeziehungen (etwa zwischen Grosseltern und Enkelkindern) ergeben. Während sich familiäre Generationenbeziehungen insgesamt positiv entwickelt haben, sind ausserfamiliale Generationenbeziehungen lückenhafter, was mit dazu beiträgt, dass vermehrt Generationenprojekte initiiert und organisiert werden.

In einem zweiten Teil zeigte der erfahrene Wissenschaftler, in welchem Masse sozialpolitische Rahmenbedingungen Generationenbeziehungen stärken oder schwächen und welche Herausforderungen die demographische

Alterung für die Generationenbeziehungen der Zukunft aufweisen dürften. In diesem Zusammenhang wurde einerseits – auf der Basis internationaler Vergleiche – aufgezeigt, dass ein ausgebauter Sozialstaat nicht zur Verdrängung, sondern teilweise sogar zur Stärkung familialer Generationenbeziehungen beiträgt. Andererseits führt die demographische Alterung dazu, dass geachtet werden muss, dass ältere Generationen nicht zu stark auf Kosten jüngerer bzw. nachkommender Generationen profitieren «und eine Herausforderung der Zukunft wird sein, die Interessen der demographischen Minderheit der Jungen genügend zu schützen», wie Höpflinger unterstrich.

Basis-Altersvorsorge derzeit noch gesichert

«In der Altersvorsorge sehen wir Gewitterwolken auf uns zukommen. Daher müssen wir rechtzeitig einen Regenschirm aufspannen», erläuterte Jürg Brechbühl, Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung, in seinem Referat die Herausforderungen des bewährten 3-Säulen-Modells in der Schweiz. Und er zeigte auf: «Bis ins Jahr 2030 fehlen ca. 10 Mia. Franken in der AHV. Um diese Finanzierungslücke zu decken, stehen drei Szenarien im Raum: die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Verschiebung des Pensionierungsalters nach oben oder die Erhöhung der Lohnprozente. Wie die notwendigen Mehreinnahmen erreicht werden sollen, wird in der Politik noch heiss diskutiert werden.»



Der Sitz der Academia Engelberg befindet sich im Benediktinerkloster Engelberg.

Mehr Sorgen bereitet ihm die Finanzierung der zweiten Säule. Die Zinserträge sind bereits seit 2002 zu tief, um die Renten ausreichend zu decken. Im Gegenzug müssen wegen der höheren Lebenserwartung länger Renten ausbezahlt werden. Um das Gleichgewicht in der Beruflichen Vorsorge zu wahren, müsste der Umwandlungssatz gesenkt werden, was vom Volk an der Urne abgelehnt wurde. Diesen Juni lancierte der Bundesrat mit der Reform «Altersvorsorge 2020» einen umfassenden Reform-Ansatz. Über die Inhalte und Auswirkungen werden die Versicherten und Stimmberechtigten demnächst ausführlich informiert werden.

Herausforderungen für den Schweizer Sozialstaat

«Eine Reform, die Aussicht auf Erfolg haben soll, muss somit von einem ganzheitlichen Ansatz ausgehen und darf nicht die Versicherungszweige, deren Leistungen und ihre Finanzierung einzeln betrachten. Die Bevölkerung und die Betroffenen müssen das ganze Bild vor Augen haben, nicht nur einzelne Pinselstriche davon. Sie müssen beurteilen können, wie sich ihre Situation als Ganzes darstellt und allenfalls verändern wird. Dann verlieren schlagzeilen-trächtige und umstrittene Massnahmen wie das gleiche Rentenalter für Mann und Frau die Brisanz, die sie als einzelne und isolierte Veränderungen haben. Bei der Invalidenversicherung führte diese Strategie zum Erfolg: Eingebettet in einen umfassenden und kohärenten Sanierungsplan schaffte die Steuererhöhung für die IV in der Abstimmung sogar die hohe Hürde von Volks- und Ständemehr», führte Brechbühl aus.

«Auch bei der Reform der Altersvorsorge sind Mehrheiten nur zu gewinnen, wenn nicht die technischen Parameter der Versicherungen, wie beispielsweise der Umwandlungssatz in der Beruflichen Vorsorge, im Zentrum stehen, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Bei den

Leistungen der obligatorischen Altersvorsorge gibt es keinen Spielraum nach unten, die Vorgaben der Verfassung müssen respektiert werden, und die Versicherten müssen sich langfristig darauf verlassen können. Eine generelle Erhöhung des Rentenalters kommt nicht in Frage, so lang die Wirtschaft nicht bereit ist, die älteren Arbeitnehmenden auch zu beschäftigen.»

Transparentes Reformpaket

«Die misslungenen Reformen der Vergangenheit scheiterten auch daran», so Brechbühl, «dass die Parteien, Sozialpartner und Verbände einander misstrauten. Auch darum muss ein neuer Anlauf in einem umfassenden und transparenten Reformpaket bestehen. Es darf keine vorgezogenen Einzelmassnahmen geben. Die politischen Akteure müssen erkennen und sich darauf verlassen können, dass es keine Salami-taktik und keine Rosinenpickerei gibt. Die Kompromissbereitschaft, die nötig sein wird, darf nicht durch taktische Spiele kompromittiert werden können.»

«Noch sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorteilhaft und die Versicherungen sind nicht in akuter Not. Es bleibt also Zeit, die Reform der Altersvorsorge sorgfältig anzugehen. Jetzt ist es noch möglich, die notwendigen Veränderungen in einem Tempo zu realisieren, das Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft nicht überfordert und auch den Einzelnen die Zeit zur Anpassung lässt. Es ist besser, etwas langsamer ans Ziel zu kommen als schneller in eine neue Sackgasse zu fahren. Das heisst aber auch, das jetzt nichts mehr verzögert wird, sonst schmilzt die Zeit und mit ihr der politische Handlungsspielraum dahin.»

Ausblick auf 2014

Der 13th Dialogue on Science im Oktober 2014 ist dem Thema «Nahrungssicherheit/Food

Security» gewidmet. Derzeit leben ca. sieben Milliarden Menschen auf der Welt. Während der nächsten 20 Jahre wird sich die Bevölkerung auf mehr als acht Milliarden erhöhen. Damit diese Menschen genügend Nahrung haben, muss die Nahrungsmittelproduktion entsprechend mitwachsen. 43% aller Menschen müssen mit einem Einkommen von ein bis zwei Dollar pro Tag auskommen. Wie kann auf dem Hintergrund dieser Problematik die Verfügbarkeit, der Zugang sowie der Verbrauch von Nahrungsmitteln gesichert werden?

Unter die Lupe genommen wird, ob die Landwirtschaft und die Produktionstechnologien besonders in China, Indien und Afrika für dieses Bevölkerungswachstum gerüstet sind. Aber auch in Europa wird immer wieder an neuen Produktionsformen und Nahrungsmitteln gearbeitet. Ebenso wichtig für Menschen mit kleinem Einkommen ist auch die Erschwinglichkeit der Nahrungsmittel. Wie können die Produktionskosten möglichst niedrig gehalten werden? Und die Konsumenten interessieren sich für die Weiterverarbeitung der Lebensmittel. Wie stark wirken sich Lifestyle und steigende Konsumentenansprüche auf die Food Produktion aus? Über die drei Themenfelder diskutieren Experten aus aller Welt vom 15. bis 17. Oktober 2014 im Klosterdorf Engelberg.

Weitere Informationen

Academia Engelberg
Benediktinerkloster
6390 Engelberg

info@academia-engelberg.ch
www.academiaengelberg.ch

Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft

Die grundlegenden Erkenntnisse der Wissenschaft treffen in der breiten Bevölkerung nicht selten auf starke Vorbehalte und Misstrauen. Die Stiftung Academia Engelberg leistet mit dem interdisziplinären Dialog ihren Beitrag dazu, dass eine neue Basis des Vertrauens zwischen Wissenschaft und breiter Öffentlichkeit entsteht. Zur Jahrestagung treffen sich jeweils im Herbst Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft in Engelberg. Daneben werden Projekte als Resultate der Konferenzen realisiert sowie vertiefende Folgeveranstaltungen organisiert.